

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst / Alle Postgebühren nehmen Bestellungen entgegen

## Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Veröffentlichungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgeplatzene Zeile oder deren Raum 50 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt; für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 16. August

Anzeigen-Annahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 639

**Inhalt:** Gewerbliches Unterrichtswesen — Jahresbericht über die dem Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau unterstellten gewerblichen Schulen (Schluß) — Die unlautere Konkurrenz im Handwerk — Neue Betriebsführungsmethoden im Gewerbe — Handwerkskammer zu Wiesbaden — Protokoll der 28. Vollversammlung der Handwerkskammer zu Wiesbaden (Schluß) — Anzeigen.

### Gewerbliches Unterrichtswesen.

Lehrauftrag an gewerbliche Fortbildungsschulen erhielten:

Lehrer Fritz Vater in Biedenkopf.  
Lehrer Andreas Richter in Camp.  
Lehrer Albert Müller in Holzhausen bei Gl.  
Architekt Wilhelm Pausch aus Mauloff in Biedenkopf.  
Lehrer Josef Vogt aus Niederhadamar in Hadamar.

### Jahresbericht über die dem Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau unterstellten gewerblichen Schulen.

Schuljahr 1918/19.

Erstattet von Gewerbeschulinspektor Fr. Kern

(Gekürzter Bericht.)

(Schluß.)

#### V. Unterhaltung der Schulen.

Die am Schluß des Berichtes beilagebene Uebersicht gibt Aufschluß über das Rechnungsergebnis für das Rechnungsjahr 1918 und den Voranschlag für 1919. Die Voranschlagssummen wurden deshalb nie erreicht, weil man im Voranschlag in der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende die volle Unterrichtszeit annahm. In den Summen sind die Kosten für die Vorrichtungen nicht eingerechnet. Der Aufwand für diese betrug im Berichtsjahr 10 922 M., wovon 2890 M. aus Staatsmitteln gedeckt wurden.

Für das Rechnungsjahr 1918 gestaltete sich das Verhältniß im Durchschnitt folgendermaßen:

- |   |             |
|---|-------------|
| 1. Zuschuß des Staates . . . . .  | 42,98 v. H. |
| 2. Zuschüsse der Gemeinden . . . . .  | 36,66 „ „   |
| 3. Zuschüsse der Lokalgewerbevereine, der Zentralkasse, des Bezirksverbandes und der Kreise . . . . . | 20,36 „ „   |

#### VI. Schulaufsicht und Stand der Schulen.

Im Berichtsjahr wurden durch den Berichtserstatter 62 Schulen einer Prüfung oder Besichtigung unterzogen; außerdem fanden an 27 Schulen Besprechungen statt, um aufgetretene Schwierigkeiten zu beseitigen oder sonstige Maßnahmen vorzubereiten oder zu treffen. Durch Herrn Regierungs- und Gewerbeschulrat Prof. Dr. Müller wurden ebenfalls eine Anzahl Schulen besichtigt, in der Regel unter Beisein des Berichtserstatters.

Die lange Kriegszeit mit allen ihren Begleiterscheinungen hat den Schulen ungezählte Hemmnisse gebracht und sie in ihrer Wirksamkeit stark beeinträchtigt. Wenn die Schulen

trotzdem tapfer durchgehalten haben, so danken wir dies der Lehrerschaft, die treu und selbstlos in schwerer Zeit in den Schulen gearbeitet hat. Unter der weiteren treuen Mitarbeit der Lehrer wird es rasch gelingen, die Kriegsschäden auszumerzen und die Wege für den weiteren Fortschritt zu bahnen.

#### VII. Veranstaltungen für die Weiterbildung der Lehrer.

Mit Genehmigung des Landesgewerbeamts Berlin wurden für die Lehrer in gewerblichen Fortbildungsschulen Ferienkurse von kurzer Dauer veranstaltet. Es fanden statt:

1. Ein Kursus zur Einführung in den Zeichenunterricht in der Zeit vom 8. bis 12. Oktober 1918 in Wiesbaden, der von 29 Teilnehmern besucht war.
2. Kurse für Sachunterricht:
  - a) In Wiesbaden in der Zeit vom 3. bis 5. Oktober 1918 mit einer Teilnehmerzahl von 38 und
  - b) in Limburg in der Zeit vom 14. bis 16. Oktober 1918 für 44 Teilnehmer.

In diesen Kursen wurde hauptsächlich Wert darauf gelegt, die bei Revisionen vielfach beobachteten Mängel zu besprechen und nach Bedarf einzelne Unterrichtsgegenstände eingehend zu behandeln. In dem Zeichnenskursus wurde bei 30 Unterrichtsstunden folgendes behandelt: Schulordnung und Schulbetrieb, Zweck und Aufgabe des Zeichenunterrichts, Einführung in das technische Zeichnen, Einführungszeichnen für schwindende Berufe, Lehrplanbesprechungen für das Fachzeichnen einzelner wichtiger Berufe an Hand von zeichnerisch durchgearbeiteten Zeichnungen, Vorzeigen von Lehrmitteln und Vorbildern. In den Kursen für Sachunterricht enthielt bei einer Unterrichtszeit von 20 Stunden der Stoffplan: Ordnung im Schulbetrieb, Lehrverfahren im gewerblichen Unterricht im allgemeinen, Anwendung der Lehrpläne unter Berücksichtigung der eingeschränkten Unterrichtszeit, zweckmäßige Einführung der staatsbürgerlichen Belehrungen in den Unterrichtsplan, Besprechung der wichtigsten Unterrichtsgegenstände unter besonderer Berücksichtigung des Rechnunterrichts und der Buchführung. Den gesamten Unterricht in allen Kursen erteilte der Berichtserstatter selbst.

#### VIII. Besondere Einrichtungen des Gewerbevereins für Nassau zur Förderung der Schulen.

1. Die gewerblich-technische Bibliothek und Vorbildersammlung, die eine besondere Abteilung für gewerblichen Unterricht enthält, wird von den Schulen und den Lehrern in steigendem Maße benutzt. Es sei auch an dieser Stelle wiederum auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht.
2. Sammlung von Lehrmitteln für gewerbliche Schulen. Es wird ein Verzeichnis brauchbarer Lehrmittel fortlaufend geführt und neu erscheinende Lehrmittel werden im Nass. Gewerbeblatt bekannt gegeben. Von öfter verlangten Lehrmitteln wird ein Lager unterhalten, um die Schulen rasch bedienen zu können.
3. Die Vordrücke für die örtliche Verwaltung der Schulen werden von der Zentralkasse beschafft und an die Schulen nach Bedarf zum Selbstkostenpreis abgegeben.
4. Das Nassauische Gewerbeblatt ist zugleich Amtsblatt für die gewerblichen Schulen des Bezirks, es enthält die notwendigen amtlichen Veröffentlichungen und unter-

richtet die Lehrer über die Vorgänge im gewerblichen Leben.

#### IX. Jugendpflege.

Mit Beendigung des Krieges haben auch die Übungen zur militärischen Vorbereitung der Jugend ihren Abschluß gefunden. In 45 Schulen waren diese Übungen als Pflichtunterrichtsfach eingeführt. Durch Erlass des Herrn Kriegsministers vom 30. 11. 18 ist verfügt worden, daß die Übungen einzustellen sind. Die Jugendpflege ist nunmehr nach bewährten Gesichtspunkten neu zu gestalten. Die beste Jugendpflege ist ein guter Unterricht, der die heranwachsende Jugend zu berufstätigen, arbeitsfreudigen, charakterfesten Menschen und guten Staatsbürgern heranzubildet. Daneben muß die Schule die Erziehung zur Sittlichkeit und die körperliche Erhaltung der Jugend sich angelegen sein lassen. Die Einführung von Turnen und Jugendspielen als Pflichtunterrichtsfach in den Lehrplan der Fortbildungsschulen ist eine unerläßliche Forderung, soweit nicht auf anderem Wege dafür gesorgt ist. Es haben in den letzten Jahren bereits 4 Schulen des Bezirks Turnen als Pflichtfach eingeführt. Die Schulleitungen sind unter Mitteilung des Erlasses des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 13. 12. 18 aufgefordert, nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse für die körperliche Erhaltung der fortbildungsschulpflichtigen Jugend Sorge zu tragen.

#### B) Mädchenfortbildungsschulen.

##### 1. Allgemeines.

Wie bereits zu Anfang des Berichtes erwähnt, wurde im August 1918 bei allen Kreisverwaltungen — mit Ausnahme des Landkreises Wiesbaden — der Antrag auf Einführung von Kreisfabriken für den Besuch gewerblicher Fortbildungsschulen erneuert bzw. neu gestellt mit der Forderung, den Schulzwang auch auf die weibliche Jugend auszuweiten. Gleichzeitig wurden die Magistrate und Gemeindevorstände derjenigen Gemeinden, in denen Mädchenfortbildungsschulen errichtet werden können, von dem Antrage mit der Bitte um Unterstützung und Förderung in Kenntnis gesetzt. Der Herr Regierungspräsident hat unsere Anträge unterstützt. Die Mehrzahl der Kreisverwaltungen hat anerkannt, daß für die Berufsbildung der weiblichen Jugend etwas geschehen müsse, und zeigte sich geneigt, dem Antrage zu entsprechen. Allein der inzwischen eingetretene Umsturz und die allgemeine Unsicherheit der Lage ließen bisher nirgends eine Verwirklichung der Anträge zu. Mit einigen Stadtgemeinden sind Verhandlungen zwecks Gründung von Mädchenfortbildungsschulen im Gange. Die Haltung ist schon deswegen eine abwartende, weil man annimmt, daß binnen kurzem der allgemeine Fortbildungsschulzwang gesetzlich zur Einführung gelangt. Diese Hoffnung hegen wir auch, sind aber der Ansicht, daß man diese für unsere heranwachsende weibliche Jugend dringliche Angelegenheit nicht überall aufschieben sollte, bis die Befehlsgebung zur Entscheidung zwängt, sondern auch unter den heute gegebenen Verhältnissen zu erreichen sucht, was zu erreichen ist.

Der Besuch der Schulen ist freiwillig. Die Schulen sind bemüht, für die Mädchen aller Bevölkerungskreise Ausbildungsmöglichkeit zu schaffen. Aber es sind hauptsächlich Mädchen aus den Kreisen des mittleren Bürgerstandes, die den Unterricht besuchen. Ohne Einführung des Schulzwanges können die Mädchen, die einen Unterricht dringend notwendig haben, nicht zum Schulbesuch gebracht werden. Die Kleider- und Wäsche- und auch im letzten



Schuljahr trotz Stoff- und Materialmangel die Kurse gefüllt, indem die Schulen es verstanden haben, dem Bedürfnis der Zeit Rechnung zu tragen und alle möglichen Stoffe zur Anfertigung von Kleidungsstücken nutzbar zu machen. Kurse für Hauswirtschaft konnten bei dem Mangel an Nahrungsmitteln auch in diesem Jahre noch nicht stattfinden und man beschränkte sich auf die Theorie der Hauswirtschaft.

## II. Veränderungen im Lehrpersonal.

Die Gewerbelehrerin Frä. Geis an der Schule in Weilsburg ist durch Annahme einer anderen Stelle am 1. Mai 1918 ausgeschieden und an ihre Stelle trat die Gewerbelehrerin Fräulein Helene Jordan.

## III. Unterhaltung der Schulen.

Einnahmen aus Schulgeld . . . . .	8 446.—
Zuschuß des Staates . . . . .	14 704.—
Zuschüsse der Gemeinden . . . . .	8 200.67
Zuschuß des Bezirksverbands, der Kreise und der Volksgewerbevereine . . . . .	5 472.10

Gesamtaufwand 34 828.77

## Die unlautere Konkurrenz im Handwerk.

Von allen Seiten laufen von Handwerkern und Gewerbetreibenden Klagen darüber ein, daß seit Einführung der achtstündigen Arbeitszeit die in den Staatsbetrieben wie auch in Privatbetrieben beschäftigten Handwerker in ihrer freien Zeit Arbeiten übernehmen, dadurch die spärlich vorhandenen Aufträge noch mehr verringern und so dem Handwerk die Lebensbedingungen ungeheuerlich erschweren. Diese unlautere Konkurrenz wird dadurch um so empfindlicher, als diese Arbeiter in der Lage sind, die Aufträge zu weit billigeren Preisen auszuführen. Denn einmal bringt ihnen ihre Tätigkeit im Hauptberuf schon einen Arbeitslohn, der das Einkommen des kleinen Handwerksmeisters aus seinem Geschäftsbetrieb in heutiger Zeit sehr häufig übersteigt; ferner haben diese Arbeiter keine Geschäftskosten, sie zahlen aus diesem Nebenverdienst keine Steuern, die Selbstkosten sind daher weit geringer. Auch brauchen sie über die Güte ihrer Arbeiten wohl kaum eine Garantie zu übernehmen, was man von selbständigen Handwerkern in der Regel fordert.

Es liegt nicht nur im Interesse des Handwerks, sondern auch im Interesse der Auftraggeber und auch der Allgemeinheit, daß dieser unlautere Wettbewerb im Handwerk mit allen Mitteln bekämpft wird. Wie weit diese Linie sich greifen hat, geht daraus hervor, daß selbst öffentliche Körperschaften und Gemeinden sich nicht scheuen, dem selbständigen Handwerk die Aufträge auf diese Weise zu entziehen. Es muß dies öffentlich gebrandmarkt werden. Überall in den Zeitungsberichten, in Stadtverordnetenversammlungen wie auch in den Parlamenten ergeht man sich in schönen Ausführungen über die Notlage des Handwerks und den Wiederaufbau desselben, stellt Erwägungen an, wie dem Handwerk zu helfen sei, wirft Mittel aus zur Unterstützung und Förderung des selbständigen Handwerks, aber ein großer Kreis derer, die handwerkliche Arbeiten zu vergeben haben, ist sich der einfachsten Verpflichtungen dem Handwerkerstand gegenüber nicht bewußt. Auch der höhere Preis, den der selbständige Handwerker heute fordern muß, darf nicht als Entschädigung dienen. Durch diese Entziehung von Aufträgen ist es dem Handwerk auch weniger möglich, Arbeitskräfte einzustellen und so der Arbeitslosigkeit zu steuern. Die Notwendigkeit der Einführung des Achtstundentages wird schließlich durch dieses Gebahren der Arbeiter nicht dargetan. Aus diesem Grunde haben auch die Behörden wie auch die Arbeiterorganisationen ein Interesse daran, diesem unsozialen Verhalten mit allen Mitteln zu begegnen. Es müssen sich trotz der Gewerbefreiheit Mittel und Wege herausfinden lassen. Allen denen, die handwerkliche Arbeiten zu vergeben haben, sei aus Herzge-

legt, daß sie durch Vergabe der Arbeiten an unselbständige Handwerker nicht nur einem schwer bedrängten Stande die Rücksichtnahme versagen, sondern auch sich selbst und der Allgemeinheit einen schlechten Dienst erweisen. Auch der Kaufmannsstand hat gegen eine ähnliche Schmutzkonzurrenz zu kämpfen.

Es bleibt den Handwerkern und Gewerbetreibenden nichts anderes übrig, als diese Schädigungen in den einzelnen Fällen festzustellen, sie durch ihre Fachorganisationen weiter verfolgen zu lassen um zu erreichen, daß den Arbeitern seitens ihrer Arbeitgeber die Übernahme handwerklicher Nebenarbeit strengstens untersagt wird. Die Arbeitgeberorganisationen müssen sich zu diesem Zweck eng zusammenschließen und sich auch mit den Organisationen der Arbeitnehmer verständigen, damit die achtstündige Arbeitszeit auf diese Weise nicht umgangen wird zum Nachteil des selbständigen Handwerkerstandes, der unter dem Achtstundentag schwer zu leiden hat.

## Neue Betriebsführungsmethoden im Gewerbe.

A. G. V. Mit Rücksicht auf die kommende Zeit verlangen führende Männer der Industrie und des Gewerbes zur rationellen Betriebsführung Verminderung der Herstellungskosten, größte Ausnutzung der Rohstoffe und Einstellung aller Betriebe auf Qualitätsarbeit. Die Löhne werden vorläufig nicht wesentlich sinken. Infolgedessen wird auch das amerikanische Taylorsystem, für das jetzt bei uns so viel Propaganda gemacht wird, demnächst zur Einführung kommen, weil es die restlose Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft ermöglicht. Daneben sollen eine „wirtschaftliche Fertigung“ und eine „wissenschaftliche Betriebsführung“ Platz greifen. Der im Jahre 1917 gegründete Normenausschuß der deutschen Industrie, der von Reichs wegen unterstützt wird (für 1919 mit 100 000 Mark), hat bereits 14 verschiedene Normen aufgestellt, die erkennen lassen, daß man sehr gut einheitliche Fassungssysteme, Einheitswellen, Einheitsbohrer usw. herstellen kann, ähnlich wie in der Schweiz, Holland und Skandinavien. Ein besonderer Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung hat unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Verein deutscher Ingenieure Richtlinien aufgestellt, wie die indirekten und direkten Betriebskosten für Massenherstellung und für Selbstkostenberechnungen ermittelt werden. Es steht fest, daß nur 5 Prozent aller Betriebe Selbstkostenberechnungen aufstellen. Wirtschaftliche Fertigung und wissenschaftliche Betriebsführung sollen ihre Grundlage finden in der Spezialisierung oder Sonderung des Produktionsprozesses, des Arbeits- und Wirtschaftsplanes, der Normalisierung oder Normung und in der Typisierung oder Typung aller Fabrikationsteile. Gelegentlich der letzten Tagung des Reichsbundes Deutscher Technik im Juni d. J. in Berlin wies Direktor Hellmich nach, daß die Sonderung, Normung und Typung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft unbedingt notwendig ist. Die Vorteile der neuen Betriebsführung sind ganz erheblich. Selbst kleine Betriebe können diesen Weg gehen, wenn sie sich zu Produktionsgemeinschaften zusammenschließen und durch gemeinsame Leerverträge wechselseitig aushelfen bzw. verpflichten, auf die Anfertigung bestimmter Maschinen zu verzichten und diese von anderer Seite beziehen, wo ein besonderer Typ am billigsten und besten hergestellt wird. Die Hersteller der Maschinen usw. können sich wieder zu Herstellungs- und Vertriebsgemeinschaften zusammenschließen, z. B. bei einheitlichen Transportanlagen, Spezialisierung von Textilfabriken, Zuckerfabriken, Kälteindustrieanlagen usw. Diese Betriebsgemeinschaften haben nichts mit fogen. Sozialisierung zu tun, richten sich auch nicht gegen die Konsumenten, sondern sie streben lediglich die Verbilligung ihrer Erzeugnisse an, um die unregelmäßige Produk-

tionsweise vieler Fabriken zu beseitigen. Es soll nicht Schablonen-, sondern Qualitätsarbeit geleistet werden. In den beteiligten Kreisen finden diese Pläne großen Beifall. Sowohl in der Industrie als auch im Handwerk und Kleingewerbe sind sie durchführbar, wie Gewerbeschuldirektor Müller-Blauchau gelegentlich der obigen Tagung noch ausführte. Zur Einbeziehung des Handwerks in die neue Wirtschaftsform sollten unter Mitwirkung der großen Handwerkerverbände besondere Normenausschüsse für die einzelnen Gewerbebezüge geschaffen werden, systematische Aufklärungen gegeben und alle Vorteile der wissenschaftlichen Betriebsführung im Handwerk dargelegt werden. Vielfach sind bereits im Handwerk einheitliche Normen geschaffen (z. B. für Dachdecker, Maurer und Zimmerer, Baufischer usw.), aber zu einer allgemeinen wissenschaftlichen Betriebsführung im Handwerk fehlen noch alle Vorbedingungen, das beweist die heutige Handwerkslehre. Notwendig sind daher Reformen der obigen Art.

## Handwerkskammer Wiesbaden.

### Protokoll

der 28. Vollversammlung der Handwerkskammer zu Wiesbaden  
am 20. Mai 1919 im Bürgeraal des Rathauses zu Wiesbaden.

(Vorsitzung und Schluß.)

17. Von der von der Hauptgeschäftsstelle der Kammer zum Beerdienst eingezogen gewesenen vier Beamten sind inzwischen zwei, die Sekreäre Anthor und Böh, zurückgekehrt und versehen ihren Dienst bereits seit Ende vorigen Jahres, der dritte — Assistent Orsichen — wurde noch kurz vor Abschluß des Jahresurlaubes schwer verwundet und befindet sich noch heute im Lazarett. Seine Rückkehr ist noch unbestimmt. Der vierte, in 1916 eingezogene jüngste Beamte (Gude) ist auf dem Felde der Ehre gefallen. Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren. Durch die Rückkehr der zwei Beamten konnten vier weibliche Hilfskräfte entlassen werden. Wie ich schon am Anfang meines Berichtes erwähnt habe, hat die Übergangswirtschaft bei der Kammer immer neue Aufgaben und eine ganze Menge Arbeit ausgelöst, deren Erledigung allerdings nur durch recht starke Anspannung aller Kräfte ermöglicht werden konnte. Auch der Herr Vorsitzende und die Herren Vorstandsmitglieder mußten in erhöhtem Maße mitarbeiten. Ebenso mußte ein großer Teil der Herren Kammermitglieder bei Erstattung von Gutachten, Abgängen von Lehrlingsfreistellungen und dergl. mehr als früher, in Anspruch genommen werden. Auf diese Weise war es möglich, daß sich die der Kammer obliegenden zahlreichen und vielfältigen Angelegenheiten ohne Störung abwickelten. Es entspringt hieraus für mich das Bedürfnis, allen denen, die an der Bewältigung dieser Arbeiten mit Fleiß und Hingebung mitgearbeitet haben, an dieser Stelle den herzlichsten Dank auszusprechen. Ich brauche wohl nicht besonders zu erwähnen, daß der Krieg unter allen Verhältnissen gerade das Handwerk besonders stark erschüttert hat. Inwiefern die Zahl der selbständigen Handwerksbetriebe zurückgegangen ist, kann ich Ihnen zwar heute nicht sagen, doch steht leider fest, daß die Zahl eine erschreckend hohe ist. Sobald unsere noch in Kriegsgefangenschaft lebenden Handwerker zurückgekehrt sind, soll die Zahl der dann noch bestehenden selbständigen Handwerksbetriebe festgestellt werden. Darüber werde ich Ihnen hoffentlich in der nächsten Vollversammlung Bericht erstatten können. Für heute lassen Sie mich diesen Bericht schließen. Zwar hat ein recht schweres Geschick uns ereilt, ein Geschick, so unglücklich schwer, so überaus hart, daß unsere schmerzlichen Befürchtungen weit übertroffen sind. Wir können uns auf kein Beispiel berufen, denn unser Schicksal ist beispiellos. Es nützt nichts zu klagen und zu jammern, es nützt allein: Kopf hoch und mit Vertrauen auf die gewaltige deutsche Volkskraft arbeiten, arbeiten und wiederum arbeiten. Dann müssen wir wieder gesund und erstarren, dann werden wir auch wieder einen Platz an der Sonne erringen. Ein Volk, das vier Jahre lang in Not und Entbehrung sich so tapfer gegen eine Welt von Feinden behauptet hat, das kann und wird nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt. Wir geben uns nicht auf und deshalb werden wir nicht untergehen.







**Punkt 8: Festlegung des Haushaltsplans für 1919/20.** Der Syndikus bemerkt hierzu, daß bezüglich des Haushaltsplans ein Antrag von Frankfurt vorliege, die Entschädigung für Zeitverräumung bei Abnahme von Meisterprüfungen auf 3 Mk. für die Stunde zu erhöhen. Der Vorstand habe in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, pro Stunde 2 Mk. zu vergüten. Die Vollversammlung stimmt diesem Beschlusse zu.

Vogt, Höchst hält den Betrag von 2000 Mk. unter 100. Mr. 96, insbesondere wegen des Handwerker-Erholungsheims für zu niedrig, zumal gerade jetzt viele Handwerker erholungsbedürftig seien. Der Syndikus fährt auf, daß dieser Betrag nicht vorgegeben sei, um erholungsbedürftige Handwerker zu unterstützen, sondern dies ein Beitrag zu den allgemeinen Kosten darstelle, für erholungsbedürftige Handwerker aber durch die Kaiser-Wilhelm-Stiftungs-Stiftung beihilfen gewährt werden.

Darauf wird der vorliegende Haushaltsplan angenommen.

**Punkt 9: Festlegung des Prozentfußes für die Veranlagung der Gemeinden.** Namens des Vorstandes schlägt der Syndikus der Versammlung vor, den vorjährigen Prozentfuß von 16% auch für das neue Geschäftsjahr beizubehalten. Die Versammlung beschließt demgemäß einstimmig.

**Punkt 10: Verwaltungsgebäude für die Handwerkskammer.** Der Vorsitzende erteilt hierzu dem Vorstandsmittglied, Maurermeister Feger, das Wort. Er führt folgendes aus:

Meine Herren: Schon seit einer Reihe von Jahren hat die Kammer den Wunsch, ein eigenes Verwaltungsgebäude zu besitzen. Im letzten Jahre ist diese Sache ganz besonders in den Vordergrund getreten. Seit einigen Jahren befinden sich die Räume der Kammer im Hause Adelheidstr. 13. Früher wurden in diesem Hause die Kartierräume benutzt, später reichten diese nicht aus, es erfolgte die Verlegung in den zweiten Stock. Nach wenigen Jahren reichten auch diese nicht mehr aus und man war gezwungen, zu den Räumen im zweiten Stock auch die Kartierräume noch hinzuzunehmen. Es liegt auf der Hand, daß es höchst unpraktisch ist, daß die Büros getrennt liegen, außerdem hat sich jetzt herausgestellt, daß auch diese Räumlichkeiten für die Dauer nicht mehr ausreichen. Sie sind außerdem ungeeignet und die Frage der Beschaffung eines Verwaltungsgebäudes für die Kammer ist dadurch besonders nahe gerückt. Weiter kommt hinzu, daß die Zusammenlegung der Büroräume der Kammer mit denen des Handwerksamts Wiesbaden und des Zentralvorstandes des Gewerbevereins für Nassau unter ein Dach, als im Interesse des Handwerks liegend, beabsichtigt ist. Die Beschaffung geeigneter Mietobjekte ist in der jetzigen Zeit äußerst schwer, ja fast unmöglich. Der Vorstand hat sich deshalb mit der Frage des Ankaufs eines geeigneten Hauses befaßt. Von mehreren Angeboten wurde das Haus Nikolastr. 41 als für die Zwecke der Kammer am geeignetsten erachtet und der Vorstand hat in seiner Majorität den Ankauf dieses Hauses beschlossen, bzw. schlägt der Vollversammlung vor, den Ankauf dieses Hauses zu beschließen. Herr Feger führt noch näheres aus über die bauliche Beschaffenheit dieses Hauses. Mit dem Eigentümer Mosel Erben, wurde ein Preis von 340 000 Mark vereinbart. Nach den angestellten Berechnungen über das Grundstück kann dieser Preis als durchaus normal bezeichnet werden. Schließlich führt Herr Feger noch an, daß das Haus Adelheidstr. 13 in dem sich z. Bt. die Büros der Kammer befinden, vor kurzer Zeit verkauft wurde und die Kammer in den ersten Monaten räumen müsse. Seine Ausführungen faßt er kurz noch einmal dahin zusammen, daß der Vorstand der Kammer die Frage des Ankaufs des vorgeschlagenen Hauses eingehend geprüft und mit Stimmenmehrheit beschlossen habe, der Vollversammlung den Ankauf zu empfehlen.

Der Herr Vorsitzende Herr Feger, Frankfurt erklärt im Namen der Frankfurter Kammermitglieder, die infolge der französischen Besetzung nicht anwesend sein können, daß Frankfurt seine Einwilligung zu dem beabsichtigten Hausanbau nicht geben könne. Zur Begründung gibt er an, man wisse jetzt noch nicht, wie sich die Verhältnisse später gestalten würden, evtl. könne eine andere Einteilung des Kammerbezirks erfolgen und in diesem Falle sei eine Trennung infolge Festlegung durch einen Hausanbau recht beschwerlich. Auch hält er den Kaufpreis von 340 000 Mk. für zu hoch, wie dies auch in einem Gutachten des Zentralvorstandes des Gewerbevereins für Nassau zum Ausdruck gebracht sei. Die von Herrn Feger gemachten Angaben können Herrn Feger nicht bewegen, für den Hausanbau einzutreten, obwohl er im übrigen den Bericht des Herrn Feger über den Zustand des Hauses und den Angaben über die Berechnung beitrifft.

Bädermeister Sander, Wiesbaden spricht sich für den Ankauf aus, desgleichen Tapeziermeister Kallwasser und Ländnermeister Thiele, Schierstein.

Nachdem noch Maurermeister Vogt, Höchst und Schuhmachermeister Reich, Soden mehrere Bedenken äußerten, die durch den Syndikus und das Vorstandsmittglied Feger zerstreut wurden, wurde zur Abstimmung geschritten. Das Ergebnis war folgendes: Von den 23 anwesenden stimmberechtigten Kammermitgliedern haben 21 Mitglieder für den Ankauf und die zwei Frankfurter Mitglieder gegen den Ankauf gestimmt.

Der Vorsitzende stellt daraufhin fest, daß der Ankauf des vorgeschlagenen Hauses Nikolastr. 41 durch die Vollversammlung beschlossen ist.

**Punkt 11: Sozialisierung des Nahrungsmittelgewerbes.** Hierüber hält der Syndikus in gedrängter aber klarer Form einen Vortrag, der von der Versammlung mit besonderem Interesse verfolgt wird. Seine Ausführungen führt er am Schlusse in die durch den Geschäftsführer des deutschen Handwerks- und Gewerbevereins gelegentlich des kürzlich stattgefundenen Kammertags festgelegten Sätze zusammen, die wie folgt lauten:

„Das Handwerk ist eine Schicht selbständiger, die Produktionsmittel als Eigentum verwaltender Gewerbebetriebe. Im Interesse der Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen Initiative und Leistungsfähigkeit steht es grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft, indem es darunter das Recht des einzelnen Betriebes zu freier wirtschaftlicher Betätigung versteht.“

Deshalb lehnt das Handwerk die Sozialisierung und Kommunalisierung ab, soweit damit eine direkte Vorgehensweise seiner Produktion, d. h. die Vernichtung der selbständigen wirtschaftlichen Existenz, herbeigeführt werden würde. Dagegen ist das Handwerk erfordernfalls bereit, durch einzelbetriebliche Gemeinwirtschaft im Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses gegebenenfalls unter Beteiligung der Gemeinden dem Grundgedanken der Kommunalisierung Rechnung zu tragen.“

Die Versammlung schließt sich einstimmig der in den vorstehenden Sätzen niedergelegten Ansicht an, nachdem insbesondere noch Sander, Wiesbaden, Vogt, Höchst und Geil, Oberlahnstein der Zweckmäßigkeit Ausdruck gaben.

**Punkt 12: Verschiedenes:** Hg. Sindlingen richtet an den Syndikus eine Anfrage bezüglich der Sterbefälle für Handwerker. Die Erledigung erfolgt durch die Kammer schriftlich.

Vogt, Höchst stellt die Frage, durch wen die Kammer auf dem letzten Kammertag vertreten worden sei, ob insbesondere auch ein Kammermitglied entsandt wurde. Der Vorsitzende erklärt, daß die

Kammer diesmal nicht vertreten gewesen sei, da die beantragten Pässe abgelehnt worden sind. Der Syndikus erklärt hierzu noch, daß es sehr unbestimmt war, ob der Kammertag zu dem festgesetzten Termin stattfinden konnte. Aus diesem Grunde wäre es auch nicht möglich gewesen, irgend ein Kammermitglied mit der Vertretung zu beauftragen. Weiter bittet Vogt, Höchst für den Fall, daß künftig an einem Ort, an dem ein Kammermitglied wohnhaft ist, irgendwelche Versammlungen, Eröffnung von handwerklichen Fortbildungskursen und dgl. stattfinden, die betreffenden Kammermitglieder hiervon benachrichtigt und erforderlichenfalls eingeladen werden, um dadurch Gelegenheit zur tatkräftigen Mitarbeit zu geben. Hg. Sindlingen stimmt diesen Ausführungen zu. Durch den Vorsitzenden sowohl, als auch durch den Syndikus wird dies für die Folge zugesichert.

Darauf schließt der Vorsitzende gegen 12.30 Uhr die Versammlung.

Der Vorsitzende: Der Syndikus:  
Carstens. Schroeder.  
Der Protokollführer:  
A. H. H. R.

**Wetr. das Handwerker-Erholungsheim in Traben-Trarbach a. d. Mosel.**

Das Erholungsheim, das seit Beginn des Krieges für unsere Zwecke geschlossen und von der Militärbehörde in Anspruch genommen war, ist nunmehr frei und völlig instand gesetzt, so daß der Betrieb am 1. August 1919 wieder eröffnet werden wird. Der Pensionspreis wird voraussichtlich 12-14 M für den Tag betragen. Anders erholungsbedürftige Handwerker hiervon in Kenntnis setzen, bitten wir etwaige Anmeldungen entweder durch uns oder direkt an den Verein Handwerker-Erholungsheim E. S. Coblenz, Nizzastr. 26, zu richten. Bedürftigen Handwerkern kann aus dem bezügl. Fonds unsererseits eine angemessene Beihilfe zu den Kosten bewilligt werden. Bezügliche Anträge sind schriftlich in begründeter Form an uns zu richten. Nähere Auskunft erbittet man am besten direkt von dem Verein Handwerker-Erholungsheim zu Coblenz, oder auch bei der unterzeichneten Handwerkskammer.

Wiesbaden, den 7. Juli 1919.

Die Handwerkskammer:  
Der Vorsitzende: Der Syndikus:  
Carstens. Schroeder.

## Nassauische Kriegsversicherung.

Die Abrechnung für die im August 1914 errichtete Nassauische Kriegsversicherung soll bedingungsgemäß drei Monate nach Beendigung des Krieges (d. h. drei Monate nach Friedensschluss) erfolgen. Es werden daher die bisher mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch rückständigen Hinterbliebenen von gefallen (vermählten) und versicherten Kriegsteilnehmern aufgefordert, die geldwerten Anteilsscheine mit der großen handschriftlichen Sterbentfundeumgebung an uns einzusenden.

Jeder Empfangsberechtigte erhält nach Eingang der Scheine und nach Anerkennung deren Gültigkeit eine Bestätigungskarte über die vollzogene Vormerkung. Wer daher die geldwerten Scheine bereits eingekauft und die Bestätigungskarte erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

Das Ergebnis der Abrechnung und die Höhe der jeweils fälligen Leistung wird jedem Empfangsberechtigten nach der Abrechnung mitgeteilt.

Wiesbaden.

Direktion der Nassauischen Landesbank.  
(Abteilung: Kriegsversicherung.)

**Stehender  
Nöhrendampffessel**  
6 Atm. Druck, gut erhalten  
zu verkaufen.  
Biedrich a. Rhein, Adolfsstr. 11.  
Conservenfabrik.

**Bauschule Rastede**  
(Oldbg.)  
Meister- und Polierkurse  
Ausführlich. Programm frei.



**Unzeigen**

im Nassauischen  
Gewerbeblatt  
**haben Erfolg!**

## Jeder Raucher kann es lassen

ob jung oder alt, welcher mit diesem Laster behaftet ist, Sie sparen Ihr Geld; daher bestellen Sie unser bewährtes „Alstin“ Nr. 4., Nachnahme 45 Pfg. (ausreichend zur Zwöschigen Kur.) Ueber 1000 Dankschreiben. Deutsch & Co., Reutlingen, Postfach 271.

## Achtung Schreiner!

Stark gearbeitete Leinwände werden in allen Größen zu maßigen Preisen angefertigt. Musterbogen steht zur Ansicht.

**Schlosserei H. Schneider, Wiesbaden**  
Schulberg 23. — Telefon 4569.

## Dele und Fette

für alle industriellen Zwecke  
Treibriemen, techn. Gummiwaren, Dichtungsmaterialien, Gummischläuche, Treibriemenwachs u. a. alles in Friedensqualitäten liefert

**H. J. Kirschhöfer, Schierstein-W. a. Rh.**  
Del- und Fett-Fabrik. Begr. 1898.

## Aus meinem Formular-Lager empfehle:

Unfall-Anzeige . . . . . 10 J  
Rechnung (Folio) . . . . . 10 „  
Kostenberechnung . . . . . 10 „  
Lehrzeugnis . . . . . 10 „  
Lohn-Nachweisung . . . . . 3 „  
Wochenzeitel . . . . . 3 „  
Taglohnzeitel . . . . . 3 „  
Rechnung (1/2, Folio) . . . . . 5 „  
Liefer- und Empfangsschein 5 „

Die Formulare sind in der Hauptsache nach Kern's Buchführung des Handwerkers bearbeitet.

Zu beziehen durch  
Hermann Rauch, Buchdruckerei und Verlag, Wiesbaden.